

Das Kleingedruckte in den Wahlprogrammen zur Europawahl 2014

www.netzfrauen.org

Aussagen in Parteiprogrammen – Teil 5:

Wahlprogramm zur Europawahl 2014 der FDP

Da wir einige Aussagen im Parteiprogramm gefunden haben, die unserer Meinung nach sehr aufschlussreich sein könnten, führen wir nachfolgend nach alphabetischen Stichworten ausschnittsweise Zitate auf (verkürzt von 28 Seiten auf 8 Seiten)

Europa: „...Wir sind davon überzeugt, dass Europa langfristig auf der Grundlage einer gemeinsamen Verfassung ein föderaler Bundesstaat werden sollte... eine zügige Fortschreibung der Verträge nach der Europawahl durch Einberufung eines Konvents... aus Parlamentariern und Regierungsvertretern... auch aus Vertretern der Zivilgesellschaften...die Diskussionen um eine europäische Verfassung wiederbeleben... behutsam weiterentwickeln... die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken... klaren Kompetenzabgrenzung und –zuweisung... wirklich nur die zentral zu koordinierenden Fragestellungen belässt und ...nationalen und regionalen Ebenen klare Verantwortungen zuweist...Am Ende dieser Entwicklung sollte ein demokratisch legitimierter, föderaler, subsidiärer und dezentraler Bundestaat stehen, über den die Bürgerinnen und Bürger in einer europaweiten Volksabstimmung entscheiden. Voraussetzung für diesen Bundesstaat ist eine gemeinsame europäische Verfassung...grundsätzliche Rückkehr zur Gemeinschaftsmethode, der zufolge Vorschläge der Kommission vom EU-Rat und vom Parlament beraten und entschieden werden... weg kommen von der gängigen Praxis, dass Regierungschefs vorzugsweise hinter verschlossenen Türen an Kommission und EU-Parlament vorbei entscheiden... Erforderliche Vertiefungsschritte ...Änderung der Europäischen Verträge möglich sein. Dafür ...Konventsmethode... da nur sie eine angemessene Beteiligung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene sicherstellt....Konkrete Schritte in diese Richtung werden wir nach den Europawahlen angehen... dann erfolgreich sein, wenn wir einen Weg finden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten zu steigern...darf es nicht sein, wie es zum Beispiel Grüne und SPD im Europäischen Parlament fordern, dass Mitgliedstaaten ihre Schulden in Form eines Altschuldentilgungsfonds oder durch Eurobonds auf Europa abladen. Vielmehr müssen wir mittelfristig auch weitere Schritte zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ins Auge fassen...“

Bürokratie: „...überbordende europäische Bürokratisierung zurückdrängen... wollen weniger Bürokratie und weniger überflüssige Regulierung...EU vereinfachen und auf das Wesentliche konzentrieren indem wir sie in ihren Kernbereichen stärken. In anderen Bereichen können wir uns eine Rückübertragung von Zuständigkeiten vorstellen...“

Mitgliedsstaaten: „... mehr Möglichkeiten für unterschiedliche Tiefen und Geschwindigkeiten bei der Integration... Mitgliedstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wo ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich ist, bewirkt ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten politischen Fortschritt, zeitliche

Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale Gegebenheiten. ...Politik der völkerrechtlichen Nebenabsprachen einiger Mitgliedstaaten wollen wir auf ein Minimum beschränken und dort, wo es sinnvoll ist, die Mitgliedstaaten dazu ermuntern, das mit dem Vertrag von Lissabon eingeführte Instrument der verstärkten Zusammenarbeit zu nutzen....würde in der EU auch künftig Raum lassen für Großbritannien oder andere integrations skeptische Länder, ohne dass damit integrationsfreudigere Staaten ausgebremst würden....“

Politische Teilhabe: „ ...Mit dem Vertrag von Lissabon ist eine Stufe der Integration erreicht worden, die die Integrationsfähigkeit des Grundgesetzes in vielen Feldern ausreizt. Künftige Hoheitsübertragungen von einigem Gewicht wollen wir deshalb nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gehen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Voraussetzungen für Volksabstimmungen auf Bundesebene geschaffen werden. Dies gilt insbesondere bei Vertragsänderungen, die unsere Verfassung im Inhalt ändern oder ergänzen...Europäische Vertragsverteidigungsbeschwerde einführen...ein Organ der Europäischen Union vertragswidrig verhält...derzeit nur die Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof ...Klagerecht wollen wir ausweiten und nationalen Parlamenten sowie Bürgerinnen und Bürgern bei individueller Betroffenheit eine solche Möglichkeit einräumen...mögliche Anwendung... der umstrittene Ankauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank...“

Digitale Zukunft: „...Hoheitsübertragungen auf die europäische Ebene ...wo sich eine europäische Zuständigkeit als ineffizient erwiesen hat oder der historische Zweck nicht mehr gegeben ist, treten wir für die Rückübertragung von Hoheitsrechten ein. In den nächsten Jahren ...sämtliche europäische Zuständigkeiten einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden. In Bereichen, in denen diese Bestandsaufnahme einen europäischen Mehrwert ergibt, so zum Beispiel in der Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes, soll die Union gestärkt werden...dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden. Ziel...ein weitestgehend unabhängiges Europa sein...Abhängigkeit von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu verringern...“

Parlament: „ ...Weiterentwicklung des Ausschusses der Regionen zur echten Subsidiaritätskammer, eine Überprüfung aller europäischen Agenturen sowie die Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses... Der Rat der EU muss zu einer modernen zweiten Kammer weiterentwickelt werden... sollen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit (qualifizierter) Mehrheit Rechtssetzungsvorschläge der Europäischen Kommission zurückweisen können. Dies vereinfacht und beschleunigt das Verfahren...Europäische Union soll und darf nur dann Aufgaben wahrnehmen, wenn andere politische Ebenen die formulierten Ziele nicht verwirklichen können ...Nicht jeder grenzüberschreitende Sachverhalt erfordert eine europäische Regelung. Nicht die Mitgliedstaaten müssen ihre ausreichende Aufgabenerfüllung nachweisen, sondern die europäische Ebene muss nachweisen, dass politische Ziele nicht ebenso gut durch untere Ebenen erreicht werden können...“

Mehrwert: „...Keinen Mehrwert bietet Europa zum Beispiel bei der nur von wenigen Mitgliedstaaten getragenen Finanztransaktionssteuer oder der Frauenquote in Aufsichtsräten...wollen daher, dass die entsprechenden Kommissionsvorschläge zurückgezogen werden...Auch die Verordnungen, die für Glühbirnenverbot und

absurde Grenzwerte für energiesparende Staubsauger verantwortlich sind, müssen zurückgenommen werden...“

Subsidiarität: „...erfolgreiche Subsidiaritätsrüge...innerhalb von acht Wochen europaweit ein Drittel der nationalen Parlamente zusammenschließen...ändern und die Frist auf mindestens zwölf Wochen verlängern...nationalen Parlamente sind in der Pflicht, intern verlässliche organisatorische Strukturen aufzubauen, die es ihnen ermöglichen, angesichts der Fülle der EU-Dokumente ihr Subsidiaritäts-Instrumentarium effektiv zu nutzen. Subsidiaritätsklagen des Bundesrates sollten künftig auch als Minderheitenrecht ausgestaltet werden... treten wir dafür ein, dass im Rahmen einer Subsidiaritätsklage auch die Frage der Rechtsgrundlage beim EuGH überprüft werden kann...“

Datenschutz: „...fordern die Aussetzung des SWIFT Abkommens...sehen wir nicht nur staatliches Handeln, sondern auch die Datensammlung von privaten Unternehmen als Gefahr...ein europäisches Datenschutzsiegel...ein rasches Inkrafttreten der europäischen Datenschutzgrundverordnung... sehen wir die Umsetzung ... (INDECT) sehr kritisch...Wahrung der Netzneutralität in der gesamten europäischen Union ein...für den freien Zugang zum Internet...für den größtmöglichen Wettbewerb innerhalb des Netzes, auch für Startups und Investoren...lehnen jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab und fordern ... Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung abgeschafft wird...“

Freihandelsabkommen (TTIP): „...fordern, die Verhandlungen der Europäischen Union mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Freihandelsabkommen mit einem Datenschutzabkommen zu verbinden...ebenso wichtig wie der persönliche Mehrwert, den jeder Bürger aus dem Zustandekommen des Freihandelsabkommens ziehen wird. Deshalb müssen beide Abkommen in jedem Fall zum Abschluss gebracht werden...starke Verhandlungsposition...muss Europa nutzen, um Handelsmit Bürgerrechtsfragen neu zu regeln. Dazu gehören auch Fragen der Wirtschaftsspionage... fordern mindestens ein europäisches Anti-Spy-Abkommen auf Ebene der europäischen Verträge...Dem steht ein stärkeres Zusammenarbeiten der europäischen Nachrichtendienste nicht entgegen...wollen den Freihandel weltweit vorantreiben und Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen. Das gilt auch für die EU selbst...“

Im Fokus steht dabei das Projekt einer transatlantischen Freihandelszone mit den Vereinigten Staaten von Amerika... den Weg der Freihandelsabkommen auch mit anderen großen Wirtschaftszonen einschlagen, etwa Südamerika oder Asien. In der Entwicklungszusammenarbeit können wir uns auch ein Freihandelsabkommen mit den am wenigsten entwickelten Ländern Afrikas vorstellen, die bei besonderer Produktkennzeichnung auch die strengen Umwelt- und sonstigen Einfuhrvorschriften unterschreiten dürfen, soweit dem nicht Gründe wie der Gesundheitsschutz oder das Patentrecht entgegenstehen. Sämtliche EU-Freihandelsabkommen sollten auch das Recht des Investors gewährleisten, ein internationales Schiedsgericht anzurufen...“

Recht / Urkunden: „...Liebe kennt keine Grenzen...die EU die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher und außergerichtlicher Entscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten gewährleisten. Öffentliche Urkunden...einfacher in einem anderen Mitgliedstaat verwendet...sollten mehrsprachig sein, zum Beispiel Geburtsurkunden...den rechtlichen Rahmen für binationale Ehen, das

Adoptionsrecht, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, aber auch das Erb- und das Sorgerecht zu vereinfachen...“

Finanzen: „...zu einer echten Stabilitätsunion müssen wir erreichen, dass wir schwerwiegende und andauernde Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch wirksame Sanktionen ahnden ...die Sanktionen bei einem abgeschlossenen Defizitverfahren automatisiert werden...eine starke Rolle der Europäischen Kommission in der Überwachung...strengere Überwachung der Haushalte und die Blockierung von Unterstützungsgeldern... Fehlentwicklungen schon im Ansatz wirksam zu begegnen...die Mitgliedstaaten der EU auch in Zukunft ihre Budgethoheit behalten und nicht aus der Eigenverantwortung zu sorgfältigem Haushalten entlassen werden...direkten oder politischen Zugriff der EU-Kommission auf die Mittel des ESM lehnen wir ausdrücklich ab...besonders der Ausschluss einer Verpflichtung zur gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten („No-Bail-Out-Klausel“) – wieder vollständig etabliert werden. Kein Land muss für die Schulden eines anderen Landes haften...muss ausgeschlossen bleiben...beschlossenen Hilfen sollten nicht dauerhaft durch weitere Maßnahmen der EZB ergänzt oder ersetzt... lehnen wir eine Staatsfinanzierung aus der Notenpresse der EZB ab...sollte es in Zukunft die Möglichkeit einer Staateninsolvenz innerhalb der Euro-Zone geben...austraten wollen...ohne dass sie damit zugleich ihre Mitgliedschaft in der EU verlieren. Wollen sie ...zurückkehren, müssen sie die zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr geltenden Bedingungen erfüllen...Vereinbarung nach Basel III zur verstärkten Eigenkapitalausstattung der Banken und eine gemeinsame Bankenaufsicht... Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus für existenzgefährdete Banken...notwendige Rekapitalisierung von Banken...nicht..aus dem ESM finanziert werden, sondern muss durch den jeweiligen Staat erfolgen. Eine einheitliche Einlagensicherung lehnen wir ab... Ankauf von Staatsanleihen durch Finanzinstitute...entsprechend der Risikogewichtung (Rating) mit Eigenkapital unterlegt... Verbot der Risiko-Klumpenbildung... Finanztransaktionsteuer...lehnen wir ...ebenso ab wie eine Zerschlagung von Banken...“

Wirtschaft: „...Wettbewerbsfähigkeit und Vollbeschäftigung sein...entsteht nur dort, wo eine gut ausgebildete Bevölkerung arbeitet, wo Arbeitsmärkte und andere Märkte offen und nicht überreguliert sind, wo fairer Wettbewerb herrscht, wo die Steuer- und die Abgabenbelastung unternehmerische Initiative nicht abwürgt, wo Investoren sich auf eine leistungsfähige und schlanke Verwaltung und Justiz verlassen können, wo Löhne sich an der Produktivität orientieren... nur die Beseitigung von Wettbewerbshemmnissen wie das Aufbrechen von Monopolen, Privatisierungen, das Abschaffen von Marktzugangshindernissen und vor allem ein spürbarer Bürokratieabbau, kann die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Zone und der EU insgesamt erhöhen... Deutschland hat durch eine entschiedene Reformpolitik und eine kluge Tarifpolitik seine Wettbewerbsfähigkeit im letzten Jahrzehnt gesteigert. Dies drückt sich in der Exportstärke unseres Landes aus, von der Europa insgesamt profitiert... ein vereinfachtes Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen im Bereich Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung... europäisches Mahnverfahren und einheitliche Widerrufsfristen....Überprüfung und gegebenenfalls die Abschaffung bestimmter EU-Vorschriften in den Bereichen Abfallentsorgung, erneuerbare Energien und Zulassung von Chemikalien, die nicht unter die REACH-Verordnung fallen.... „KMU-Tests“ ...alle geplanten Richtlinien und Verordnungen der EU automatisch auf ihre Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen... Eine Unternehmensgründung soll künftig im Schnitt nicht länger als drei Tage dauern,

nicht mehr als 100 Euro kosten und es soll im Schnitt nicht mehr länger als drei Monate dauern, die nötigen Lizenzen und Genehmigungen zu beantragen... Meistertitel oder die Qualitätsbezeichnung „Made in Germany“ zu erhalten...“

Steuern: „...Eine europaweite Harmonisierung von Steuersätzen lehnen wir ab....Steuerwettbewerb ist ein Ausgleich für die fehlende Möglichkeit der Abwertung von Währungen...sorgt der Wettbewerb für dauerhaft niedrige und gerechte Steuern...muss aber sein, dass jeder auch seine Steuern zahlen muss.... nicht länger zugelassen werden, dass Private wie auch Unternehmen aufgrund nicht abgestimmter Regeln unter den europäischen Partnern erfolgreiche Steuervermeidungsstrategien anwenden... und auch durch eine einheitliche Bemessungsgrundlage eine gleichmäßige und effiziente Steuererhebung ermöglichen. Mit Nicht-EU-Staaten.. Steuerabkommen auf dem Verhandlungswege... Bestrebungen der Europäischen Kommission, eigene Steuern zu erheben, lehnen wir strikt ab...“

Umwelt / Soziales / Wirtschaft: „...Vergaberecht und europäische Ausschreibungen vereinfachen .Wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Versuch, mit vergabefremden Kriterien sozial- oder umweltpolitische Wünsche durchzusetzen, auf ein Minimum beschränkt bleibt....setzen uns dafür ein, dass jeder Ansatz, den Verkehr sicherer, sauberer, effizienter und nutzerfreundlicher zu machen, mit der Umsetzbarkeit für anbietende Unternehmen und Akteure im Verkehrssektor in Einklang gebracht wird... “

Infrastruktur: „...dass die Verordnung zum Ten-V konsequent umgesetzt... Engpässe beseitigt, Lücken geschlossen und grenzüberschreitende Abschnitte verstärkt... Wir wollen Ko-Modalität statt Bevorzugung eines Verkehrsträgers....Wer den Lang-Lkw blockiert, macht die Bahn damit nicht wettbewerbsfähiger... nicht durch ständig neue Belastungen wie Pkw-Maut oder immer neue Gebühren bei Flugreisen künstlich teurer wird...“

Beschäftigung: „...Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss deshalb die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleichtert werden. Dafür brauchen wir eine reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen bei Auslandsstudien. Die komplizierten Sozialsysteme erschweren...Mobilität....ein System schaffen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, unbürokratisch ihre Sozialversicherungsansprüche mitzunehmen und anerkennen zu lassen...Etablierung einer dualen Berufsausbildung, eine stärkere Verzahnung der Arbeitsmärkte im Bereich der niedrigen und mittleren Einkommen und die Durchführung struktureller Arbeitsmarktreformen sind wichtige Bausteine... Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt muss ...den Mitgliedstaaten verbleiben... Best-Practise-Lösungen... muss die EU für Schul- und Hochschulabsolventen den Zugang in die Arbeitsmärkte anderer Mitgliedstaaten weiter erleichtern...“

Asyl / Zuwanderung: „...fordern deshalb ein europaweites System der geregelten Einwanderung. Ein solches System würde sich nach den jeweiligen Bedürfnissen richten und für Deutschland diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten bevorzugen, die zum Beispiel durch den Erwerb von Deutschkenntnissen schon gezeigt haben, dass sie bereit sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dies sollte über ein transparentes Punktesystem nach kanadischem Vorbild erfolgen... in diesem Zusammenhang sollten Vorprüfungen bei von Asylverfahren eingeführt werden, die

über Qualifizierung eine Möglichkeit der legalen Einreise in die EU eröffnen ...in der Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer unverzichtbare Chancen. Die Befürchtungen einer gezielten Einwanderung in deutsche Sozialsysteme nehmen wir ernst ...betroffenen Kommunen helfen, wo immer sich die Zuwanderung neben der gewünschten Arbeitsmigration signifikant dahin verändert, dass vermehrt Sozialleistungen in Anspruch genommen werden. Bestrebungen, deshalb die Arbeitnehmer- und Niederlassungsfreiheit einzuschränken oder gar verstärkte Grenzkontrollen einzuführen, werden wir aber entschieden entgegentreten... Wir Liberalen treten allen populistischen Versuchen anderer Parteien zur Diskriminierung von zuwanderungswilligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und deren Angehörigen entgegen. Für uns gibt es keine Europäer erster und zweiter Klasse. In den Herkunftsländern müssen zudem die Verhältnisse für benachteiligte Bevölkerungsgruppen verbessert werden. Soziale Ausgrenzung und fehlende staatliche Unterstützung gehören zu den Ursachen einer verstärkten Zuwanderung. Von den Erfordernissen der Grundfreiheit abgesehen, muss aber grundsätzlich feststehen, dass die Ausgestaltung der Sozialsysteme und die Arbeitspolitik nationale Aufgaben bleiben... Asylrecht muss Grundrecht bleiben... Einhaltung von Menschenrechten... bei allen Einsätzen von Frontex und Eurosur hat oberste Priorität und muss garantiert werden. Europa muss im globalen Wettbewerb bestehen und deshalb für kluge Köpfe aus Drittstaaten attraktiver werden... Verantwortung gegenüber Menschen in Notsituationen übernehmen – das darf nicht nur Aufgabe einiger weniger Mitgliedstaaten sein...“

Europäisches Asylrecht: „...fordern wir einen europäischen Verteilerschlüssel: Für dessen Berechnung zur Verteilung der Asylantragsteller in der EU sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der Zuweisung der Asylsuchenden können aber auch Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden, um die Integration zu unterstützen. Wer einen Asylantrag gestellt hat, sollte aber auch arbeiten dürfen, um seinen wirtschaftlichen Beitrag zu leisten...“

Landwirtschaft / Fischerei: „...den Herausforderungen der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ernährung, den steigenden Ansprüchen an die Tierhaltung, der Produktion nachwachsender Rohstoffe für eine nachhaltige Wirtschaft und dem Klimaschutz gerecht werden...setzt sich dafür ein, dass die Eigentumsrechte der land-, der forst- und der fischereiwirtschaftlichen Unternehmer gewahrt werden... muss ermöglicht werden, ihr Einkommen am Markt zu erwirtschaften und damit von Subventionen unabhängig zu werden. Dafür sind Wettbewerbsverzerrungen abzubauen und Verfahren praxisgerecht und einfach zu gestalten... die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitete Wende für eine wirtschaftliche, moderne und nachhaltige Fischerei mit Augenmaß begleiten... dass Hochsee- und Binnenfischer bei Managementplänen einbezogen und dadurch stärker regionale Besonderheiten und Eigeninitiativen vor Ort berücksichtigt werden...“

Forschung / Meer: „...wollen Wachstum fördern in Zukunftsbereichen, in denen Europa stark ist. Dazu gehören alternative Energien ebenso wie die Erforschung der Tiefsee und der Ausbau des maritimen Sektors, der mit Offshore-Anlagen, Rohstoffen aus dem Meer, Aquakultur und blauer Biotechnologie großes Entwicklungspotenzial hat...“

Verbraucherschutz / Gentechnik: „...für unabhängige Informationen und Beratung ein, damit Verbraucherinnen und Verbraucher eigenverantwortlich...Transparenz zu gewährleisten, müssen alle Produkte gekennzeichnet werden, bei deren Herstellung gentechnisch veränderte Organismen oder ihre Produkte verwendet wurden. Wir wehren uns gegen Gängelung durch immer neue Verbote... Statt...neuer Detailregelungen muss die Politik sich beim Verbraucherschutz auf die Einhaltung und Kontrolle von Sicherheitsstandards sowie Verbraucherrechte bei tatsächlicher Verbrauchertäuschung konzentrieren....“

Energie / Umweltschutz: „...Notwendige Investitionen in die Infrastruktur müssen durch marktwirtschaftliche Finanzierungsprojekte, zum Beispiel projektbezogene Bonds der Europäischen Investitionsbank, unverzüglich getätigt werden... dafür sorgen, dass die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar bleibt. In der Umwelt- und Klimapolitik setzen wir Liberalen auf Innovation und neue Technologien sowie auf den verantwortungsbewussten Bürger... so sichern wir unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen einen intakten Lebensraum... Als Experteur von Ideen und Innovationen helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern... eingeleitete Energiewende hat bisher keine Nachahmer gefunden... stehen zum eingeschlagenen Weg und wollen ihn erfolgreich umsetzen... europäischen Energieversorgung mit einem steigenden Anteil regenerativer Energieträger kann nur mit einer Ausnutzung der regionalen Vorteile gelingen... eine effiziente Vernetzung zwischen den vorhandenen Ressourcen ein, besonders Wind- und Wasserkraft im Norden Europas und Sonne im Süden Europas. Wir wollen bürokratische Hindernisse beseitigen, die einer besseren Vernetzung entgegenstehen, und fordern eine Auflösung regionaler und staatlicher Monopole und Kartelle der nationalen Energieversorgungen in ganz Europa...Die Anreize dafür ...aus dem Markt kommen... Effizienzvorgaben nach dem „Front-Runner-Prinzip“ oder dem „Beste-verfügbare-Technologie-Prinzip“ lehnen wir ab... Der Handel mit Emissionsrechten bleibt... das zentrale Instrument der Vermeidung von Klimagasen...gewährleistet... wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten...nämlich die Emission wirksam auf eine feste Menge zu begrenzen. Politisch motivierte Eingriffe...lehnen wir grundsätzlich ab. Eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch CO₂-Steuern lehnen wir deshalb entschieden ab... genügt nicht... Deshalb... in den Schwellenländern Klimaschutz zu verstärken und in den tropischen Ländern die Regenwälder zu schützen...stehen zu den Klimaschutzzielen der EU; weitere einseitige Kohlendioxidreduktionsverpflichtung lehnen wir jedoch ab...“

Fracking: „...Außerdem verlangen wir europaweite Mindestnormen für die Zulassung der Gasfördertechnik Fracking zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf Sicherheit und Umwelt über nationale Grenzen hinweg...“

Bildung: „...Unser Anspruch ist es, dass Bildung als Bürgerrecht jedem Menschen unabhängig von seinem Hintergrund offen steht... setzen uns dafür ein, dass das europäische Forschungs-Rahmen-Programm (FRP) in Zukunft den Schwerpunkt auf die Förderung innereuropäischer transnationaler Kooperationen setzt, um die Standorte der europäischen Spitzenforschung besser zu vernetzen... Englisch ist die Hauptverkehrssprache, global und in Europa. Sehr gute Kenntnisse in Englisch sollten deshalb zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa sein... wollen wir Austauschprogramme, wie sie in Europa bereits durch COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche

Bildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) bestehen, stärker fördern... neben den vier Grundfreiheiten der EU für die Schaffung einer fünften Grundfreiheit ein – der Freiheit für Wissen, indem wir die Chancen von Studentinnen und Studenten, Akademikerinnen und Akademikern sowie Forscherinnen und Forschern verbessern... Der Bologna-Prozess und die Schaffung eines europäischen Hochschulraums... fordern wir eine stärkere Vernetzung der Hochschulen im Bologna-Raum. Als Maßnahmen... einen einheitlichen europäischen Semesteranfangskorridor vor, um Auslandsaufenthalte zu erleichtern... fordern wir die Hochschulen in Europa auf, verstärkt englischsprachige Lehrveranstaltungen anzubieten... Studiengänge mit Doppelabschlüssen... mehr Studiengänge eingerichtet werden, die an zwei Partnerhochschulen in mindestens zwei verschiedenen Ländern studiert werden. Eine Maßnahme zur verstärkten Wahrnehmung des europäischen Hochschulraumes kann auch ein durch die EU finanziertes Europa-Stipendium sein...“

Rüstung /Militär: „...Aus liberaler Sicht ist die NATO auszubauen. Gleichzeitig wird das europäische Gewicht innerhalb der NATO vergrößert werden...in 28 nationalen Streitkräften und zwei Millionen Soldatinnen und Soldaten unter Waffen und gibt dafür rund 200 Milliarden Euro jährlich aus... führt zu erheblicher Verschwendung von Steuermitteln sowie Mehrfachstrukturen bei der militärischen Organisation, Rüstungsentwicklung und Rüstungsbeschaffung... wollen diese Zersplitterung überwinden und dadurch die Verteidigungsausgaben senken. In einem ersten Schritt sollen Rüstungsentwicklung und -beschaffung stärker gemeinsam im europäischen Rahmen stattfinden. Der Verhaltenskodex der EU für Rüstungsexporte muss als Mindeststandard rechtsverbindlich werden...“

Zitat-Auszüge aus dem Wahlprogramm zur Europawahl 2014 der Partei FDP.
Netzfrau Andrea Carls, 04.04.2014 – www.netzfrauen.org